

**Grußwort zur Gedenkveranstaltung
für die Opfer des Genozids an den Armeniern am 24. April 2005 in der
Paulskirche zu Frankfurt**

von Regierungspräsident Gerold Dieke

Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Zentralrats der Armenier in Deutschland,
sehr geehrte Frau Botschafterin der Republik Armenien,
sehr geehrter Herr Primas der Armenischen Kirche in Deutschland,
sehr geehrter Herr Giordano,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrte Damen und Herren,

zu dieser zentralen Gedenkfeier übermittle ich Ihnen die besten Grüße und Wünsche der Hessischen Landesregierung und insbesondere von Herrn Ministerpräsidenten Roland Koch, der mich als den Regierungspräsident für das Rhein-Main-Gebiet und Südhessen gebeten hat, ihn heute hier zu vertreten. Er hatte sich leider bereits für eine andere Veranstaltung verpflichtet, als die Einladung kam.

Ich bin gern bei Ihnen,

- weil mir Ihr Anliegen außerordentlich wichtig nicht nur für die Armenier, sondern auch für die Deutschen und die deutsche Politik erscheint,
- weil ich als verantwortlicher Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH für deutsche Hilfsmaßnahmen nach dem großen Erdbeben (1988) in der Republik Armenien (u. a. für den Aufbau einer Orthopädiotechnikschule) zuständig war, mich über die Zusammenarbeit des Landes Hessen mit der Republik Armenien freue und durch all dies bedingt begann, mich mehr für die Geschichte der Armenier zu interessieren,
- aber auch, weil ich als langjähriger Vorsitzender einer Internationalen Menschenrechtskommission mich besonders mit dem Thema Minderheitenrechte und Minderheitenschutz auseinandergesetzt habe.

Bei der zentralen Gedenkfeier des letzten Jahres sagte Professor Dr. Wolfgang Benz hier in der Paulskirche, dass sich das Interesse am Holocaust, an den Verbrechen der

Nationalsozialisten im Laufe der Jahrzehnte erstaunlicherweise steigerte und dass in den 90er Jahren Museen und Gedenkstätten entstanden, die eine neue Erinnerungskultur begründeten, deren Höhepunkt noch nicht erreicht ist. Ich meine: vielleicht aus Scham derjenigen, die Zeitzeugen waren. Er sagte auch, dass in scharfem Kontrast dazu der Gedächtnisverlust und die Realitätsverweigerung gegenüber einem früheren Genozid, gegenüber dem Völkermord an den Armeniern unter osmanischer Herrschaft steht, der unter den Augen der Weltöffentlichkeit begangen wurde, dessen Dimension absichtsvoll nicht zur Kenntnis genommen wurde, der von einer Mehrheit in allen zivilisierten Völkern lange Zeit aus dem Gedächtnis gedrängt oder gar nicht hinein gelassen wurde, der von den Urhebern und ihren Nachfolgern noch am Ende des neunten Jahrzehnts nach der Tat mit beträchtlichem Aufwand verleugnet wird. Ich kann es nicht besser formulieren; ich schließe mich ihm an. Und zum Begriff: Wenn die ethnisch bedingte systematische Verhaftung, Deportation, Unterversorgung, Verschickung auf Hunger- und Todesmärsche und massenhafte Ermordung der armenischen Minderheit kein Völkermord ist – was denn dann?

Zahlreiche Parlamente haben in den letzten Jahren Beschlüsse gefasst, mit denen der Völkermord an den Armeniern offiziell anerkannt wurde. Deutschland gehörte nicht zu den ersten; noch vor etwa vier Jahren wurde ein diesbezüglicher Antrag auf Beschlussfassung des Deutschen Bundestages vom Petitionsausschuss abgelehnt. Umso mehr begrüße ich die in dieser Woche begonnene Debatte im Deutschen Bundestag bzw. in Ausschüssen aus Anlass der neunzigsten Wiederkehr des Gedenktages an die systematische Verfolgung, Deportation und Ermordung der armenischen Minderheit in der Osmanischen Türkei. Eine interfraktionelle Entschließung des Deutschen Bundestages mit Bewertung auch der deutschen Rolle beim Völkermord an den Armeniern tut Not!

Denn: Gerade die Deutschen haben einige gute Gründe, sich mit dem Genozid an den Armeniern auseinanderzusetzen und die eigene Rolle, Verstrickung oder sogar Komplizenschaft aufzuarbeiten. Wenn dies durch die Debatten im Deutschen Bundestag und ihre Folgen gefördert wird, wovon ich ausgehe, dann habe ich nicht nur Grund, mich vor Ihnen wegen Ihres Eintretens für das Erinnern und für Ihren Kampf gegen die Leugnung des Genozids mit Respekt zu verneigen; dann habe ich mich bei Ihnen für den auch der deutschen Politik erwiesenen guten Dienst zu bedanken. Das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes belegt lt. Wolfgang Gust bzw. seiner gerade erschienenen

Publikation, dass die deutschen Diplomaten im Osmanischen Reich sehr wohl Kenntnis von den Gräueltaten hatten und dazu an die Deutsche Reichsregierung berichteten. Deutsches, im Osmanischen Reich Dienst tuendes Militär wurde im Rahmen deutscher Militärhilfe nicht nur Augenzeuge der Verbrechen, sondern war zumindest in Einzelfällen auch an der Planung und Ausführung von Deportationen beteiligt. Deutsche Historiker und Schriftsteller wie z. B. Johannes Lepsius oder Franz Werfel berichteten von den Gräueltaten, zum Teil aus eigenem Erleben. Und die Deutsche Reichsregierung hatte die Berichterstattung über den Genozid oder die „an den Armeniern verübten Gräueltaten“ unter Zensur gestellt, vermutlich vor allem aus außen- und bündnispolitischer Rücksichtnahme auf das im Ersten Weltkrieg alliierte Osmanische Reich.

Auch die Haltung der deutschen christlichen Kirchen sollte weiter erforscht werden. Immerhin erhoben Kirchenvertreter besorgt ihre Stimme, als die Berichte und Zeugnisse von den Massakern an den armenischen und auch aramäischen Christen und der Zerstörung der christlichen Gotteshäuser und Klöster sie erreichten. Aber sie unterwarfen sich wohl der Rason der Deutschen Reichsregierung – gab es Alternativen? Umso mehr freut mich die gestrige Erklärung des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Huber, mit seiner Bitte um Verzeihung für die deutsche Mitwisserschaft.

Ich will hier nicht näher darauf eingehen, welche Rolle heute die deutsche Innenpolitik oder die Frage der türkischen EU-Mitgliedschaft bei der aktuellen deutschen Debatte über die Massaker bzw. den Genozid an den Armeniern spielt. Aber einige Worte zur türkischen Haltung: Es wäre sehr bedauerlich, wenn das Angebot der Türkei an die Republik Armenien, eine gemischte Historikerkommission einzusetzen, das die armenische Seite aus nachvollziehbaren Gründen ablehnt, vor allem eine wie auch immer zu bewertende Geste im Hinblick auf EU-Beitrittsverhandlungen wäre. Wenn sich die heutige Türkei der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet fühlt, müsste sie sich dann nicht aus eigenem Antrieb bemühen, nationalistischen, geschichtsverfälschenden Darstellungen entgegenzutreten, ehrlich die eigene Geschichte aufzuarbeiten, sich mit der jungtürkischen Bewegung und dem Ziel der Umgestaltung des multiethnischen und multireligiösen Osmanischen Reiches in eine so genannte moderne türkische Republik und ihren fatalen Konsequenzen für Minderheiten auseinanderzusetzen? Und das müsste doch leichter fallen

als früher, da die Täter heute nicht mehr leben. Und das sage ich nicht aus Antipathie, sondern aus Sympathie für die türkischen Demokraten und ihr Land.

Aber nicht nur die Türkei ist gefordert. Nachdem die Deutschen, wie es englische Freunde von mir einmal formulierten, „zur Demokratie gebombt werden mussten“ – was ich für keine Rechtfertigung der Flächenbombardements auf die Zivilbevölkerung deutscher Städte halte – haben wir Deutschen uns mit dem Holocaust und der Ermordung der Sinti und Roma auseinandergesetzt und werden dies weiter tun. Aber es hat noch in den letzten zehn Jahren mehrere Völkermorde in der Welt gegeben; also durch ethnische Verfolgung bedingte Massaker, für die nach heutigen Völkerrechtsstandards die Bezeichnung Völkermord akzeptiert wird. Es gab sie und es kann, so steht zu befürchten, auch künftig weitere geben, trotz aller internationalen Pakte und trotz der aus meiner Sicht sehr erfreulichen Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofes. Angesichts dieses Standes der Menschen- oder auch der Minderheitenrechte in der Welt sind alle sich der Demokratie und den Menschenrechten verpflichteten Menschen für die Zukunft gefordert: in Deutschland, in der Türkei, überall. Der Zukunft unserer Völker willen.

Die demokratischen Staaten sind nicht gut beraten, wenn sie vor Menschenrechtsverletzungen oder vor dem Völkermord die Augen verschließen, die Leugnung solcher Verbrechen akzeptieren oder hinnehmen. Im Gegenteil: sie leisten damit faktisch Beihilfe zur Perpetuierung solcher Verbrechen. Es ist kein Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der Völker und zur weltweiten Durchsetzung der Menschenrechte, wenn aus wirtschaftlichen oder außenpolitischen Erwägungen Menschenrechtsverletzungen tatenlos hingenommen und Wünsche der dafür Verantwortlichen erfüllt werden. Genau hierum handelte es sich z. B. aber, als die chinesische Regierung vor kurzem die Absage des Besuches des Hessischen Ministerpräsidenten und seiner Delegation beim Dalai-Lama in seinem indischen Exil forderte. Opfer und Zeugen der Besetzung Tibets und der andauernden Menschenrechtsverletzungen leben noch, die Beweislage ist eindeutig. Prinzipientreue der Demokraten ist gefordert. Dennoch gab es hier diplomatische Abwägungen von Interessen, gibt es heute die Diskussion über Waffenlieferungen an die chinesische Regierung.

Wie schrieb Dr. Mihran Dabag vor einem Jahr in der Frankfurter Rundschau (23. April 2004) ? „Die eindeutige Stellungnahme zum Genozid an den Armeniern fordert keine

diplomatischen Abwägungen von Interessen – sie prüft die Stellung Deutschlands zu seiner eigenen Geschichte.“ Ich freue mich, dass die Deutschen jetzt dabei wichtige Schritte in der richtigen Richtung gemacht haben; 90 Jahre danach. Und ich freue mich am 90. Gedenktag des Genozids an den Armeniern hier in der Paulskirche zu Frankfurt, dass Sie bei Ihrem Einsatz für das Recht auf die Erinnerung und gegen die Leugnung des Genozids immer breitere Zustimmung und Anerkennung erfahren.